Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 170 (Juni 2000)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 170 (Juni 2000)

Unter dem Titel "Akte XY eingesehen" informierte die HU am 10. Maiüber das **Berliner Akteneinsichtsrecht**. Seit letztem Jahr existiert dasBerliner Informationsfreiheitsgesetz und damit ein Rechtsanspruch,unabhängig von persönlicher Betroffenheit die Unterlagen deröffentlichen Verwaltungen, Körperschaften öffentlichen Rechts und derlandeseigenen Betriebe einzusehen. Auf dem Podium skizzierte IngridLottenburger (Initiatorin des Gesetzes) den langen Weg der Erfüllungdieser alten bürgerrechtlichen Forderung. Hansjürgen Garstka, BerlinerBeauftragter für Datenschutz und Akteneinsicht, gab Hinweise zurAnwendung des Gesetzes, das bislangnoch wenig genutzt wird. Fürüberregionale Vergleichsperspektiven sorgtendie Beiträge von LenaSchraut (Vertreterin des BrandenburgerBeauftragten)und ChristophBruch, der Parallelen zur Entwicklung desamerikanischen ‘Freedom ofInformation Act‘ aufzeigte. In die Diskussionüber Anwendungsprobleme des Akteneinsichtsrechts konnte der Berliner LV seine ersten Erfahrungen mit dem Gesetz einbringen. Unter anderemhatten wir uns nach den Vergabekriterien der immer wiederskandalumwitterten Lottostiftung erkundigt. Vorläufiges Fazit derVeranstaltung: Umsetzung und Weiterentwicklung desAkteneinsichtsrechts werden davon abhängen,in welchem Maßeengagierte BürgerInnen von ihm Gebrauch machen. Bürgerbewegungen eröffnet es neue Möglichkeiten, erfordert abergerade in der Anfangsphase mitunter einen langen Atem im Umgangmit Bürokraten, die noch nicht recht glauben wollen, dass daspreußische Amtsgeheimnis Vergangenheit ist.

Am 23. Mai hat sich der Landesverband kurzfristig mit einem eigenen Informationsstand an der Auftaktveranstaltung zum **"Bündnis für Demokratie und Toleranz"** beteiligt. Dieses Aktionsbündnis war vonder Justizministerin und dem Innenminister initiiert worden, um die verschiedenen ausländerpolitischen Aktivitäten von Behörden undfreien Initiativen publik zu machen, sie miteinander in Kontakt zubringen und für mehr Toleranz gegenüber AusländerInnen zu werben.Im Vorfeld des Bündnisses hatte es vielfache Zweifel an derWirksamkeit des Bündnisses und der Schirmherrschaft desInnenministers Otto Schily gegeben, dessen Äußerungen zu Asylrechtund Einwanderung ("Die Grenzen der Belastbarkeit Deutschlandsdurch Zuwanderung sind erreicht") alles andere als Fritz-Bauer-Preis-verdächtig gewesen sind. Amnesty International und Pro Asylkritisierten vor allem die mangelnde Einbeziehung von Menschenrechtsorganisationen in der Planung des Bündnisses.
Der LV hat sich dennoch entschlossen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Um uns nicht als Deckmäntelchen für eine einwandererfeindliche Politik missbrauchen zu lassen, kritisierten wir die einschlägigen Schily-Äußerungen am Stand auf Plakaten und kontrastierten sie mit der Migrationsstatistik (mehr Fortzüge als Zuzüge in den letzten Jahren) und einer Studie der Vereinten Nationen, nach der die Bundesrepublik über 400.000 Zuwanderer pro Jahr braucht, um das derzeitige Renteneingangsalter halten zu können.

"**Religionsunterricht an der Berliner Schule**: Gleiches Recht für alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften?" - Unter diesem Titel laden wir am 8. Juni gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Informationsveranstaltung. Hintergrund ist die von z.T. falschen

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-170-juni-2000/
Abgerufen am: 17.11.2026